



Ressourcenkonflikte im Nord-Süd-Kontext und Rohstoffreichtum in Lateinamerika

Dossier von Anne Tittor und Riccarda Flemmer
zur Unterrichtsmappe ›Menschen.Nutzen.Natur‹

Dossier **1**

Anne Tittor, Riccarda Flemmer

Ressourcenkonflikte im Nord-Süd-Kontext und Rohstoffreichtum in Lateinamerika

**Dossier zur Unterrichtsmappe
›Menschen. Nutzen. Natur. Zum Umgang mit
Rohstoffreichtum in Lateinamerika‹.**

**Unterrichtsmaterialienreihe
›Wissen um globale Verflechtungen‹**

IMPRESSUM

**Ressourcenkonflikte im Nord-Süd Kontext
und Rohstoffreichtum in Lateinamerika.**

Herausgeber

Center for InterAmerican Studies (CIAS) an der
Universität Bielefeld

Reihe

Wissen um globale Verflechtungen

Verantwortlich

Jochen Kemner, Anne Tittor, Olaf Kaltmeier

Autor_innen dieses Dossiers

Anne Tittor, Riccarda Flemmer

Die Autor_innen sind für den Inhalt allein
verantwortlich.

Gestaltung

Nathow & Geppert

Druck

2016, kipu-Verlag, Bielefeld,
getragen vom Förderverein
Interamerikanische Studien e.V.
ISBN 978-3-946507-26-0
ISSN 2366-4916

Entstanden im Rahmen des Projektes
›Die Americas als Verflechtungsraum‹, finanziert
durch das BMBF
(Bundesministerium für Bildung und Forschung)



INHALT

1. Energiekonsum und Rohstoffabbau im Nord-Süd-Kontext	3
1.1. Zur Rolle des Rohstoffabbaus in Lateinamerika	4
1.2. Die Debatte um (Neo-)Extraktivismus in Lateinamerika	7
1.3. Varianzen des Extraktivismus in Lateinamerika	7
2. Ressourcenkonflikte: Entwicklungsversprechen und Umweltschäden	9
2.1. Ressourcenkonflikte und Umweltgerechtigkeit: Definitionen und Debatten	9
2.2. Ungleiche Verteilung: Wachstum und Wachstumsfolgen	10
2.3. Der Fall Chevron/Texaco: ungeklärte Schuldfragen durch die Erdölförderung	11
2.4. Der Fall Kolumbien: schnelle Ausweitung von Kohleabbau und Bergbau	12
2.5. Komplexe Konfliktkonstellationen rund um den Neo-Extraktivismus	14
3. Energieversorgung weltweit: Zusammenhänge und Alternativen	14
3.1. Emissionshandel und Ecuadors Initiativen Socio Bosque und Yasuní	14
3.2. Das globale Dilemma bleibt: Rohstoffnachfrage erzeugt Ressourcenkonflikte	17
Literatur	18

1. ENERGIEKONSUM UND ROHSTOFFABBAU IM NORD-SÜD-KONTEXT

Die moderne Lebensweise in Westeuropa basiert ganz wesentlich auf unserem Konsum von Produkten, die mit hohem Energieaufwand und Rohstoffeinsatz hergestellt werden. Besonders deutlich zeigt sich dies am Rohstoff Erdöl. Kleidung, Medikamente, Elektroartikel, Verpackungsmaterialien – all dies sind Produkte auf Erdölbasis. Insgesamt verwenden etwa 90 % aller in Deutschland hergestellten Erzeugnisse der chemischen Industrie Erdöl als Grundlage. Doch auch andere

Rohstoffe sind aus unserem Alltag nicht wegzudenken wie Energieträger (z.B. Kohle, Erdgas), metallische Ressourcen (Eisen, Zink), Edelmetalle (z.B. Gold, Silber, Kupfer, Zinn) und nicht zuletzt Agrargüter (Soja, Weizen). Im internationalen Maßstab bedeutet dies, dass sich ein Drittel des gesamten Welthandels um Rohstoffe dreht.

Menschen nutzen schon mindestens seit der Frühgeschichte Rohstoffe – ganze Epochen sind danach benannt wie etwa die Bronzezeit oder Eisenzeit. Mit der in Europa einsetzenden Industriellen Revolution steigt ab dem 19. Jahrhundert der Rohstoffverbrauch weltweit exponentiell an. Die Abbildungen 1 a und b verdeutlichen dies:

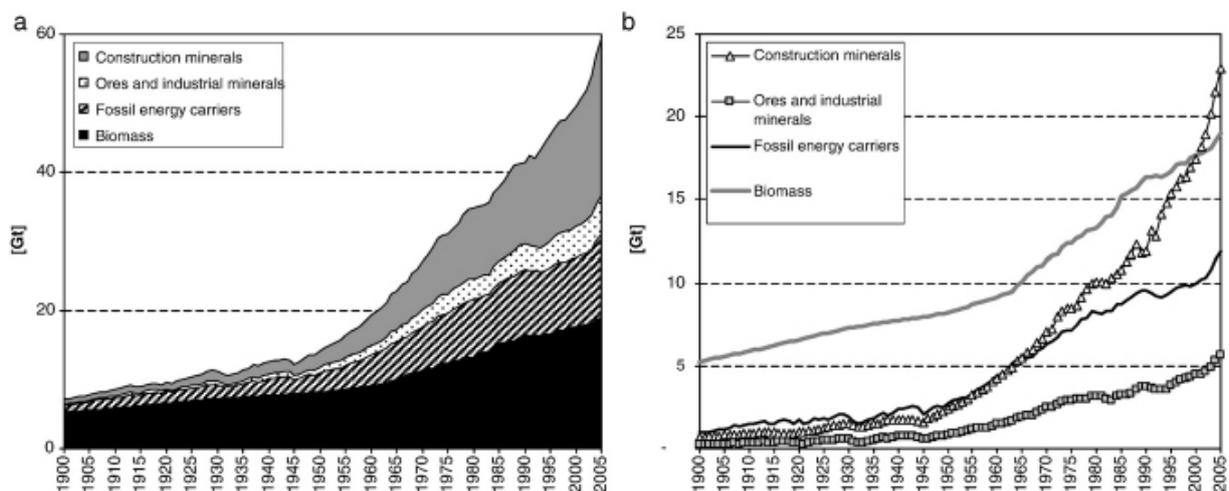


Abb. 1 a, b: Anstieg des weltweiten Rohstoffverbrauchs in Gigatonnen

Quelle: Krausmann et al 2009: 2699.

In den letzten Jahrzehnten hat der Verbrauch von nicht-erneuerbaren Energieträgern, v.a. fossilen Brennstoffen, Metallen und nicht-metallischen Materialien drastisch zugenommen (Mahnkopf 2015: 62 f). Vor dem Hintergrund des ansteigenden Ressourcenverbrauchs, insbesondere durch die Industrieländer, wird in der Forschung auch von der *Great Acceleration* (übersetzt etwa als ›die große Beschleunigung‹) gesprochen. Diese Produktions- und Lebensweise könnte die Menschheit mittelfristig an den Rand des Kollapses bringen, denn mit ihr gehen Klimawandel, Entwaldung, Luftverschmutzung – kurz: die Überausbeutung von Natur einher.

Trotz vielfältiger Umweltschutzprogramme und globaler Klimaverhandlungen steigt der Ressourcenverbrauch immer weiter. Neben den Industrieländern bauen auch viele der sogenannten ›Entwicklungsländer‹ als Strategie hin zu mehr ›Entwicklung‹ verstärkt Rohstoffe ab. Diese Grundkonstellation ist erstmal nicht neu, dennoch erreicht sie gegenwärtig neue Intensitäten. Betrachten wir diesen Zusammenhang genauer am Beispiel Lateinamerikas.

1.1. ZUR ROLLE DES ROHSTOFF-ABBAUS IN LATEINAMERIKA

Die Geschichte Lateinamerikas ist seit der kolonialen Eroberung des Subkontinents zum Ende des 15. Jahrhunderts untrennbar mit der Ausbeutung von Rohstoffen verbunden. Im Mittelpunkt des Interesses der kolonialen Mächte Spanien und Portugal standen Edelmetalle wie Gold und Silber sowie die Aneignung von Flächen zum Anbau landwirtschaftlicher Produkte. Mit dem Export dieser Güter wurde Lateinamerika zu einem der wichtigsten Rohstofflieferanten für die sich industrialisierenden europäischen Länder. Die koloniale Rohstoffausbeutung in Lateinamerika kann daher auch als die zweite Seite der europäischen Industrialisierung verstanden werden. Ein lateinamerikanischer Autor, der die Folgen des Rohstoffabbaus besonders wortgewaltig beschreibt, ist Eduardo Galeano. In seinem Bestseller ›Die offenen Adern Lateinamerikas‹ schreibt er:

»Die internationale Arbeitsteilung besteht darin, daß einige Länder sich im Gewinnen und andere im Verlieren spezialisieren. Unsere Region, die, die wir heute Lateinamerika nennen, war frühentwickelt: schon in den fernen Zeiten, in denen die Europäer der Renaissance über das Meer vordrangen und ihr die Zähne in die Gurgel schlugen, spezialisierte sie sich

im Verlieren. Die Jahrhunderte vergingen, und Lateinamerika vervollkommnete seine Funktion (...). Unsere Niederlage war seit jeher ein untrennbarer Bestandteil des fremden Sieges; unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht und dazu gedient, den Wohlstand anderer zu nähren: den der Imperien und ihrer einheimischen Aufseher. Durch die koloniale und neokoloniale Alchimie verwandelt sich das Gold in Alteisen und die Nahrungsmittel in Gift« (Galeano 2007: 42–44).

Die Hoffnung der Länder Lateinamerikas war stets, durch den Abbau von Rohstoffen Einnahmen zu generieren, mit denen Wohlstand erreicht und Infrastruktur geschaffen werden kann. An vielen Orten stellte sich dies jedoch als äußerst schwierig heraus. Ein Beispiel hierfür ist die Stadt Potosí in Bolivien, die auf knapp 4.000 Metern Höhe liegt. Der Berg Cerro Rico (Abb. 2), was auf Deutsch ›reicher Gipfel‹ heißt, prägt die Geschichte der Region seit über 500 Jahren. Schon die Inka haben hier Silber abgebaut. Nach der Kolonialisierung Südamerikas durch die spanischen Eroberer kam es zur Silberförderung im großem Stil (Goede o.J.). Ein Großteil der arbeitsfähigen Bevölkerung aus dem Umland, d.h. mehrere Millionen Menschen, wurde während der Kolonialzeit zur Arbeit in den Minen gezwungen. Unter Lebensgefahr musste die einheimische Bevölkerung Silber abbauen und die spanischen Kolonialherren bereicherten sich daran. Die Stadt sah immer prunkvoller aus: vergoldete Kirchen und edle Bauten zeugten von ihrem Reichtum. Bereits 1573 hatte Potosí 120.000 Einwohner_innen, im Jahr 1650 nahezu 160.000 – und damit eine größere Stadtbevölkerung als Paris, Madrid oder Rom zur gleichen Zeit. Potosí war zu dieser Zeit eine der wichtigsten Städte in den Amerikas und eine der größten Städte der Welt. Zum Vergleich: Potosí hat im Jahr 2015 150.000 Einwohner_innen und damit knapp so viele wie im Jahr 1650.

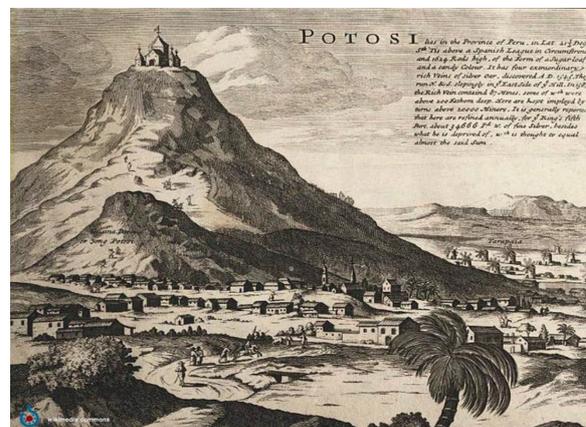


Abb. 2: Darstellung Potosís um 1715

H. Moll: Map of South America, London c. 1715

Bei den Arbeiter_innen im 16. und 17. Jahrhundert galt Potosí als ›Eingang zur Hölle‹. Viele kamen bei Unfällen ums Leben, andere erkrankten bei der harten Arbeit auf über 4.000 Metern. Staub, Asbest, giftige Dämpfe und der Einsatz von Quecksilber führten zu vielen Erkrankungen und Todesfällen. Im 18. Jahrhundert verlor die Stadt an Bedeutung, es gab kaum noch Silber.

Noch heute lebt Potosí vom Bergbau, vor allem der Metalle, Zinn und Zink. Vergleicht man die Abbildungen 2 und 3 sieht man, wie der Cerro Rico aufgrund der vielen Sprengungen und Durchhöhungen immer weiter in sich zusammensackt. In fünf bis zehn Jahren könnten hier die letzten Reste abgebaut sein, schätzen Expert_innen. An den harten Arbeitsbedingungen hat sich jedoch wenig geändert. Durchschnittlich stirbt jeden Tag in Potosí ein_e Minenarbeiter_in, 70 % von ihnen an einer sogenannten ›Staublunge‹ und etwa 30 % durch Unfälle, v.a. Explosionen. Wie auch auf Abbildung 4 zu erkennen ist, trägt kaum jemand Schutzkleidung oder Atemmasken, die meisten Minenarbeiter_innen haben höchstens ein Tuch vor dem Mund. Im Schnitt dauert es etwa zehn Jahre bis die Minenarbeiter_innen erkranken; ihre Lebenserwartung liegt im Durchschnitt bei 40–50 Jahren.



A. Allgäuer und I. Radhuber (2002–2005)

Abb. 4: Minenarbeiterin in Potosí im 21. Jhdt.

Potosí ist kein Einzelfall, denn der Export von Rohstoffen ist ein zentraler Pfeiler der Wirtschafts- und Entwicklungsstrategien vieler Länder Lateinamerikas. Bis heute exportieren lateinamerikanische Länder Rohstoffe zu ihrer Weiterverarbeitung in andere Weltregionen, etwa nach Europa, Asien (u.a. China und Japan) und in die USA. Seit Ende der 1990er Jahre gewinnt der Rohstoffsektor weiter an Bedeutung und die Palette der Exportprodukte hat sich verbreitert (Diversifizierung). Neben (Edel-) Metallen sind heute eine Vielzahl von Erzen und Mineralien, fossile Energieträger wie Kohle, Gas und Erdöl sowie Agrargüter, u.a. Soja, Bananen

Alicia Allgäuer und Isabella Radhuber (2002–2005)



Abb. 3: Blick auf den Cerro Rico und Potosí



Abb. 5: Rohstoffproduktion und -export aus Lateinamerika
Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung 2014

oder Zucker und Kaffee, wichtige Exportprodukte. Erklären lässt sich dieser Trend durch die rohstoffintensiven Produktions- und Konsummuster im Globalen Norden sowie deren Ausweitung nach Asien, Afrika und Lateinamerika selbst und einer wachsenden Integration der Region in den Weltmarkt (Globalisierung). Hohe Rohstoffpreise, eine hohe Nachfrage und staatliche, politische und ökonomische Reformen haben seit

dem Beginn des 21. Jahrhunderts staatliche Einnahmen aus dem Rohstoffsektor ansteigen lassen. Abbildung 5 zeigt die wichtigsten Produkte der Rohstoffproduktion sowie ihr jeweiliges Gewicht in den Gesamtexporten der einzelnen Länder. Der gegenwärtige Bedeutungsanstieg des Rohstoffsektors in einer Vielzahl lateinamerikanischer Staaten wird oft mit Begriffen wie ›Rohstoffbonanza‹ oder (Neo-) Extraktivismus beschrieben.

1.2. DIE DEBATTE UM (NEO-)EXTRAKTIVISMUS IN LATEINAMERIKA¹

Der Begriff des Extraktivismus leitet sich aus dem Lateinischen *extractum* – ›das Herausgezogene‹ – ab. Bislang wurde er vor allem für die Beschreibung von Wirtschaftssektoren und -praktiken (etwa Bergbau oder Sammelwirtschaft) verwendet. Der Begriff ›Neo-‹ bzw. ›neuer Extraktivismus‹ bezieht sich im Gegensatz dazu in kritischer Weise auf einen Entwicklungsweg, der im Wesentlichen auf der Förderung und dem Export von mineralischen, energetischen, forst- und landwirtschaftlichen Rohstoffen basiert und das Ziel verfolgt, über Exporteinnahmen die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung zu verbessern. Exemplarisch für diesen ›neuen‹ Extraktivismus stehen jene Länder der Andenregion, wie Bolivien, Ecuador, Venezuela, in denen über Maßnahmen wie der Verstaatlichung von Unternehmen und der Neuaushandlung von Verträgen über Schürf- und Förderrechte die Staatseinnahmen steigen. Diese Länder haben zusätzlich auch die Ausfuhrzölle und Steuerabgaben auf die Aneignung und den Export von Ressourcen erhöht und finanzieren mit den Mehreinnahmen entwicklungs- und sozialpolitische Programme. Gleichzeitig sind auch die Produktions- und Fördervolumen von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Gütern angestiegen.

Ein Anstieg der Rohstoffförderung für den Export zeigt sich aber auch in anderen Ländern der Region. In Brasilien verdoppelte sich zwischen 2000 und 2010 die Ausbeutung des Aluminiumerzes Bauxit. Argentinien erlebt einen beispiellosen Boom in der Sojaproduktion und in Kolumbien und Mexiko explodieren seit einigen Jahren die Bergbauinvestitionen. In Kolumbien, das eigentlich kein traditionelles Bergbauland ist, stammten 2012 mehr als die Hälfte der Gesamtexporteinnahmen aus der Ausfuhr von bergbaulichen Produkten wie Gold oder Kohle. Lagen die Einnahmen aus Rohstoff- und Agrargüterexporten im Jahr 2010 in Lateinamerika insgesamt bei 54 %, machten sie in der Andenregion zwischen 80 und 90 % der Gesamtexporte aus. Ein weiteres Ergebnis der günstigen globalen Entwicklungen für rohstoffproduzierende Länder ist eine wachsende Bedeutung der Rohstoffsektoren

1 Dieses Unterkapitel basiert auf dem Text ›Widersprüche zwischen Rohstoffreichtum und Entwicklung in Lateinamerika‹ von Kristina Dietz und Anne Tittor in der Mappe ›MENSCHEN.NUTZEN.NATUR. Zum Umgang mit Rohstoffreichtum in Lateinamerika. Unterrichtsmaterialienreihe Wissen um globale Verflechtungen. Band 1‹ des Center for InterAmerican Studies (CIAS) an der Universität Bielefeld, Februar 2016, S. 11–13.

ren (Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Öl und Gas) an der Gesamtwirtschaftsleistung. Am deutlichsten hängt Venezuelas Wirtschaft am ›Öltropf‹ – nahezu alle Deviseneinnahmen stammen aus dem Ölexport und mit über 32 % haben Rohstoffe hier – im regionalen Vergleich – den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt (Chile 19,2 %; Peru 16,8 %; Ecuador 15 %).

1.3. VARIANZEN DES EXTRAKTIVISMUS IN LATEINAMERIKA

In der Debatte um die Bedeutung des Rohstoffabbaus für die lateinamerikanischen Länder wird oft stark verallgemeinert und (zu) wenig darauf geachtet, dass es große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten gibt. Sebastian Matthes (2012) hat in einer umfangreichen quantitativen Studie die Intensität des Extraktivismus verglichen. Wie in der Überblickstabelle in Abbildung 6 dargestellt, kommt er zu dem Ergebnis, dass in Ecuador, Bolivien und allen voran in Venezuela von einem *extremen Extraktivismus* gesprochen werden kann. Die Exporte dieser Länder sind fast vollständig aus Primärgütern zusammengesetzt und machen über 10 % des BIP und über 85 % der Exporte aus. Ähnliches, wenn auch etwas schwächer, lässt sich von Nicaragua, Paraguay und Kolumbien sagen, auch wenn die Abhängigkeit von den Rohstoffpreisen nicht so ausgeprägt wie in der ersten Gruppe ist.

Partiellen oder schwachen Exktraktivismus stellt Matthes für die drei größten Ökonomien des Subkontinents (Argentinien, Brasilien und Mexiko) sowie für zwei kleine mittelamerikanische Länder (El Salvador und Costa Rica) fest. Dort sind in größerem Maß Manufaktur- und Industriegüter unter den Exportprodukten.

Vor allem im Hinblick auf Brasilien streichen etliche Forscher_innen heraus, dass die Extraktivismusdebatte Gefahr laufe, die positiven Effekte der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von Mitte-Links-Regierungen zu unterschätzen und nur einen Teil der Wirtschaftsstrategien zu analysieren (Schmalz 2013; Jäger/Leubolt/Schmidt 2014). Zudem wird kritisiert, die starke Betonung der ökologischen Folgekosten von Rohstoffabbau könnte als ein Verweigern der Entwicklungs- und Konsumwünsche der Menschen in Lateinamerika verstanden werden. Dies sei insbesondere dann problematisch, wenn sie von Angehörigen der Mittelschicht aus Europa und den USA geäußert würden, die selbst alle Annehmlichkeiten des Roh-

Cluster	Länder	Primärgüter- anteil an Gesamt- exporten	Exporttyp (Fokus)		Primär- sektor- anteil am BIP	Renten- anteil natürl. Ressourcen am BIP
Extremer Extraktivismus	Venezuela	> 85 %	Fossile Brennstoffe	Manufaktur- anteil < 10 %	> 20 %	> 15 %
	Bolivien, Ecuador	> 85 %	Fossile Brennstoffe	Manufaktur- anteil < 10 %	> 10 %	> 15 %
	Chile, Peru	> 85 %	Metalle und Mineralien	Manufaktur- anteil < 10 %	> 10 %	> 10 %
Intensiver Extraktivismus	Paraguay, Nicaragua	> 85 %	Agrar- produkte	Manufaktur- anteil < 15 %	> 10 %	< 5 %
	Kolumbien	> 70 %	Fossile Brennstoffe, Agrar- produkte	Manufaktur- anteil > 20 %	> 10 %	> 5 %
Partieller Extraktivismus	Argentinien	> 50 %	Agrar- produkte, Fossile Brennstoffe	Manufaktur- anteil > 30 %	> 10 %	> 5 %
	Guatemala	> 50 %	Agrar- produkte	Manufaktur- anteil > 30 %	> 10 %	< 5 %
	Brasilien	> 50 %	Agrarprodukte, Fossile Brenn- stoffe, Metalle und Mineralien	Manufaktur- anteil > 30 %	< 10 %	> 5 %
	Uruguay	> 50 %	Agrar- produkte	Manufaktur- anteil > 30 %	< 10 %	< 5 %
	Mexiko	< 50 %	Fossile Brennstoffe, Agrar- produkte	Manufaktur- güter > 50 %	> 10 %	> 5 %
Schwacher Extraktivismus	El Salvador	< 50 %	Agrar- produkte	Manufaktur- güter > 50 %	> 10 %	< 5 %
	Costa Rica	< 50 %	Agrar- produkte	Manufaktur- güter > 50 %	< 10 %	< 5 %

Abb. 6: Ausprägungen des Extraktivismus in Lateinamerika

Quelle: Matthes 2012: 82

stoffkonsums genießen, ohne deren Folgen direkt tragen zu müssen. Hier nehmen die Länder des Globalen Südens es mitunter als Affront wahr, wenn Industrieländer, deren Reichtum maßgeblich auf der intensiven Nutzung bzw. der Zerstörung der Natur basiert, ihnen Wohlstandshoffnungen mit dem Verweis auf ökologische Fragen verwehren wollen.

2. RESSOURCENKONFLIKTE: ENTWICKLUNGSVERSPRECHEN UND UMWELTSCHÄDEN

Die Widersprüchlichkeit des »neuen Extraktivismus« besteht darin, dass mit der Intensivierung der Rohstoffausbeutung und trotz Erfolgen in der Armutsbekämpfung oftmals gegen die Interessen und Rechte sozialer Gruppen in den jeweiligen Ländern verstoßen wird. Nicht ohne Grund wächst der Widerstand, und so kommt es etwa in Bolivien oder Ecuador zunehmend zu Protesten indigener, kleinbäuerlicher Bewegungen gegen die Ausbeutung von Öl und Gas oder den Bau von Straßen durch geschützte Gebiete. In ihren Protesten warnen lokale Gruppen vor der wachsenden Zerstörung ihrer ökologischen Lebensgrundlagen, einer wachsenden Ignoranz der Regierungen gegenüber politischen und sozialen (Minderheits-) Rechten sowie vor einer Aushöhlung demokratischer Grundprinzipien. Denn die betroffenen Gruppen werden selten an den Entscheidungen über die Ausbeutung der Rohstoffe beteiligt.

2.1. RESSOURCENKONFLIKTE UND UMWELTGERECHTIGKEIT: DEFINITIONEN UND DEBATTEN

Der energisch vorangetriebene Rohstoffabbau führt an vielen Orten zu Konflikten. Hauptgrund hierfür ist oft der ungleiche Zugang zu natürlichen Ressourcen und die ungleiche Verteilung der Umweltfolgen. In der wissenschaftlichen Literatur werden solche Konflikte unter den Begriffen Ressourcenkonflikte, sozial-ökologische Konflikte oder ökologische Verteilungskonflikte diskutiert.

Rohstoffe können sowohl aufgrund von Knappheit als auch im Falle besonderen Reichtums zur Konflikursache werden. In der Literatur wurden dazu in den 1960er und 70er Jahren der Slogan »arm weil reich« oder der »Ressourcenfluch« (*resource curse*) bekannt. Dazu wurden die Begriffe »holländische Krankheit« oder Rentierstaaten dis-

kutiert, um einerseits die übergroße Abhängigkeit der nachkolonialen Staaten von Rohstoffeinnahmen und Weltmarktpreisen und andererseits die persönliche Bereicherung korrupter staatlicher Führungsschichten an diesen Geschäften zu bezeichnen. Seit den 90er Jahren werden in der wissenschaftlichen Literatur zwei Hauptmotive unterschieden: Habgier (*greed*) oder Leid (*grievance*). Von der Habgier der Akteure wird gesprochen, wenn Ressourcen im Überfluss vorhanden sind und sich Streitigkeiten auf den Zugang und die Kontrolle der Ressourcen beziehen. Ein Beispiel sind hier sogenannte »Konfliktressourcen« wie z.B. »*Blood Diamonds*«. Sind Ressourcen knapp, spricht man von Leid als Anreiz dafür, dass Bevölkerungsgruppen um den Zugang zu oder gegen Missstände bei der Verteilung von Ressourcen kämpfen (für einen Überblick der Debatten siehe z.B. Mildner 2011).

Die Konflikte, die aufgrund dieser ungleichen Verteilung entstehen, werden im Rahmen des Atlas für Umweltgerechtigkeit (*Atlas of Environmental Justice*) zusammengetragen und als öffentlich zugängliche, interaktive Landkarte dargestellt (Abb. 7). Zu jedem grafisch dargestellten Umweltkonflikt gibt es eine kurze Fallbeschreibung. Im Vergleich zu anderen Weltregionen zeigen

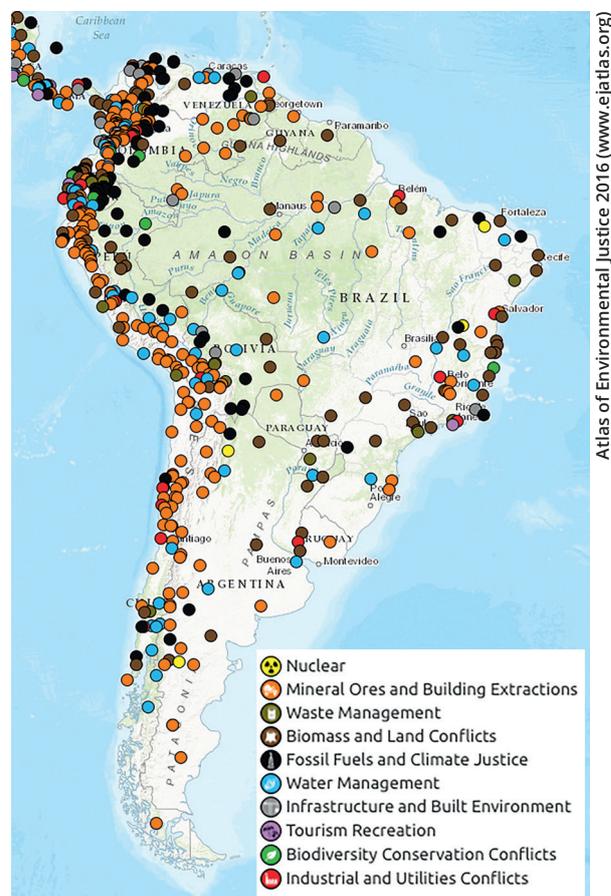


Abb. 7: Ressourcenkonflikte in Südamerika

Atlas of Environmental Justice 2016 (www.ejatlases.org)

sich in Lateinamerika die meisten Konflikte. Besonders häufig sind Bergbaukonflikte, die sich entlang der Gebirgskette der Anden konzentrieren. Weiterer Konfliktgegenstand sind vor allem der Zugang zu Wasser und der Bau von Wasserkraftwerken, die Förderung von Erdöl und -gas sowie Landbesitz und Landnutzung.

Der Name der Webseite greift eine Forderung vieler lokaler sozialer Bewegungen auf: die nach Umweltgerechtigkeit. Diese stellt die unfaire Verteilung von Gewinnen und Kosten – im Sinne von Umweltschäden – von Rohstoffabbau in den Mittelpunkt. Dies zeigt sich auch in Entwicklungsindikatoren, denn oft ist es so, dass in Gebieten mit hohem Rohstoffvorkommen die Armut der lokalen Bevölkerung weiterhin zunimmt (BMZ 2010: 6).

Der Ökonom Joan Martínez Alier hat ein Buch über eine Vielzahl von lokalen Protesten gegen die Aneignung von Natur- und Umweltgütern durch mächtige Akteure, z.B. Unternehmen, sowie gegen die Verschmutzung von Boden und Wasser verfasst, bei dem v.a. ärmere Bevölkerungsgruppen sehr negativ betroffen sind. Er beschreibt dies als ›environmentalism of the poor‹ (Umweltaktivismus der Armen) und argumentiert damit gegen die weit verbreitete Behauptung, dass Umweltbewusstsein sich erst bei einer materiell abgesicherten Mittelschicht einstellt (Martínez Alier 2003).

2.2. UNGLEICHE VERTEILUNG: WACHSTUM UND WACHSTUMSFOLGEN

Lateinamerika ist schon seit der Kolonialzeit durch starke soziale Ungleichheiten gekennzeichnet. Im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte haben diese sich zwar verändert, sind aber nicht geringer geworden. Deshalb ist die hohe soziale Ungleichheit ein politisch brisantes Thema. Die politischen Programme der lateinamerikanischen (Mitte-) Linksregierungen sind von den Präsident_innen mit großen Versprechen von Wachstum, Entwicklung und vor allem sozialer Inklusion angekündigt worden. Versprochen wurde ein Aufschwung für alle – Wasser für alle, Gas für alle! Diese Versprechen verdecken jedoch, dass die Gewinne und negativen Folgen nach wie vor ungleich verteilt sind. Die Ungleichverteilung beruht zu einem großen Teil auch auf strukturellen Ungleichheiten, die zwar angegangen wurden, jedoch nur langfristig und mit umfassenden Programmen und Strukturveränderungen behoben werden können.

Ein entscheidender Faktor ist hier, dass sich die Ressourcenabbauprojekte vor allem in ländlichen und abgeschiedenen Gebieten befinden. Staatliche Strukturen sind dort kaum oder nur fragmentarisch vorhanden. Während die Gewinne der Rohstoffförderprojekte auf die gesamte Region oder das Land insgesamt verteilt werden, bleiben die Schäden für Menschen und Umwelt lokal konzentriert. Lokaler Widerspruch und Proteste werden selten respektiert und nicht selten kriminalisiert. Regierungen setzen die Projekte unter Berufung auf das nationale Wohl und Wirtschaftswachstum um. Verhandlungen finden selten statt, und häufig werden Polizei und Militär eingesetzt um Protest aufzulösen – oft mit vielen Verletzten oder sogar Toten.

Die lokale Bevölkerung hat geringe Einspruchs- oder Gestaltungsmöglichkeiten. Erst in den letzten Jahren wurden Partizipationsmechanismen eingerichtet, die in erster Linie der Verhinderung oder Lösung von Konflikten dienen sollen. Die Regierungen werden hier verstärkt in die Verantwortung genommen, insbesondere die Rechte indigener Völker zu schützen. Diese wurden in internationalen Abkommen wie dem ›Übereinkommen 169 über eingeborene und in Stämmen lebenden Völkern in unabhängigen Ländern‹ der Internationalen Arbeitsorganisation von 1989 und der Erklärung für die Rechte indigener Völker der Vereinten Nationen von 2007 verankert. Die Rechte werden mittlerweile von der Weltbank eingefordert und wurden insbesondere in Lateinamerika in nationale Gesetzgebungen übersetzt. Zentral sind hier vorherige Konsultationen und das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung, kurz FPIC. FPIC steht für *free, prior and informed consent*. Das bedeutet, dass vor der Aufnahme von Projekten wie beispielsweise Erdölförderung oder Bergbau betroffene indigene Bevölkerungen von ihren jeweiligen Regierungen konsultiert werden müssen. Dabei gelten die Standards von ›free‹ (ohne die Ausübung von Druck und Zwang), ›prior‹ (bevor eine Maßnahme verabschiedet oder umgesetzt wird) und ›informed‹ (mit vollständiger und unverzerrter Information). Weiterhin sollen die Partizipationsverfahren kulturell angemessen sein, d.h. unter anderem in indigene Sprachen übersetzt werden und unter Berücksichtigung von lokalen Traditionen stattfinden und nach ›bestem Wissen und Gewissen‹ ausgetragen werden. Ein Unterschied in den legalen Instrumenten, aber auch in den Interpretationen der Normen ist das Verständnis von Konsultationen und der Erreichung einer Zustimmung der

Konsultierten. Zwar sollen Konsultationen immer auf die Erreichung von Übereinkommen bzw. einen Konsens abzielen, jedoch sind Staaten oft nicht rechtlich verbindlich verpflichtet, die vorherige Zustimmung der Konsultierten einzuholen. Die Reichweite der Verfahren ist somit beschränkt, und auch in der Umsetzung sind viele Verfahren sehr unzulänglich, beispielsweise werden Zeitrahmen zu eng gesetzt oder Information ist unvollständig, beziehungsweise spielt Umweltschäden und andere negative Folgen herunter (Schilling-Vacaflor/Flemmer 2015).

Eine gängige Praxis ist, dass lokalen Gemeinschaften Entschädigungszahlungen angeboten werden und die Verhandlung dieser Summen im Vordergrund steht. Während auch lokale Gemeinschaften sich auf die kurzfristigen Gewinne konzentrieren, stellt sich hier die generelle Frage, wie und ob überhaupt Schäden für Mensch und Natur in Geld umgerechnet und kompensiert werden können.

2.3. DER FALL CHEVRON/TEXACO: UNGEKLÄRTE SCHULDFRAGEN DURCH DIE ERDÖLFÖRDERUNG²

Umweltgerechtigkeit betrifft aktuelle Ressourcenabbauprojekte, aber auch die Folgen bereits abgeschlossener Förderungen. Aus der Vergangenheit können wir lernen, dass die massiven Schäden extraktiver Projekte lokal eindeutig erkennbar sind, die Verantwortung zu ihrer Beseitigung jedoch oft zwischen Staaten und Firmen hin- und hergeschoben wird. Für lokale Gruppen ist es daher schwer, die Wiedergutmachung von Schäden erfolgreich einzufordern. Häufig sind die Auswirkungen auf Mensch und Natur nicht umkehrbar, jedoch müssen zumindest Entschädigungen gezahlt werden. Auch hier werden jedoch die Forderungen betroffener Bevölkerungen oft ignoriert und selbst rechtliche Klagen werden in zeit- und kostenaufwändigen Verfahren verschleppt. Einer der prominentesten Fälle, der bereits seit den 1990er Jahren weltweit Schlagzeilen macht, ist der Rechtsstreit gegen den Erdöl-Konzern Chevron/Texaco. Er illustriert, wie verheerend Umweltauswirkungen für die Lebensgrundlage der örtlichen Bevölkerung sein können

² Dieses Unterkapitel basiert auf dem Text ›Erdöl in Ecuador: Das Beispiel Chevron/Texaco‹ von Yvonne Rössler in der Mappe ›MENSCHEN. NUTZEN.NATUR. Zum Umgang mit Rohstoffreichtum in Lateinamerika. Unterrichtsmaterialienreihe Wissen um globale Verflechtungen. Band 1‹ des Center for Inter-American Studies (CIAS) an der Universität Bielefeld, Februar 2016, S. 21–24.

³ Abkürzung gemäß des spanischsprachigen Namens *Unión de Afectados por Texaco*.

und wie schwierig die Frage nach Verantwortlichkeiten ist.

Im Zentrum der Anklage stehen Schäden, die während der Jahre 1976 bis 1992 im ecuadorianischen Amazonastiefland entstanden sind. Ecuadors Wirtschaft ist im hohen Maße von der Erdölförderung abhängig, die sich seit der Entdeckung riesiger Erdölvorkommen im ecuadorianischen Regenwald 1964 verstärkte. Das Konsortium Texaco-Gulf (später Texaco Petroleum Company – TEXPET, heute Chevron – im Text verwenden wir Chevron/Texaco) entdeckte Vorkommen in der Region um die heutige Stadt Lago Agrio und erhielt Konzessionsrechte. Seither veränderte sich das Gebiet deutlich. Vorher gehörte es zu einer der artenreichsten Regionen der Erde. Außerdem lebten dort indigene Gruppen wie die Cofán, Siona, Secoya, Kichwa und Huaorani, die weitgehend von Fischerei, Jagd und Landwirtschaft lebten. Als 1992 die Förderrechte der Firma nach 28 Jahren endeten, verließ Chevron/Texaco das Land. Die Förderung wurde durch das staatliche Unternehmen Petroecuador weiter getätigt. Bis dahin hatte Texaco 88 % der gesamten inländischen Ölproduktion in der Hand, förderte insgesamt 1,5 Milliarden Barrel Öl aus den 356 von ihnen gegrabenen Bohrlöchern.

Eine erste Klage gegen den Konzern wurde Anfang der 1990er Jahre eingereicht. Am 3. November 1993 begann ein Prozess unter dem ›Fall Aguinda‹, in dem die ecuadorianische Staatsangehörige Maria Aguinda zusammen mit 14 anderen Menschen, unter ihnen Siedler_innen und Indigene der Cofanes, Secoyas und Kichwas vor dem Bundesgericht des südlichen Distrikts in New York, die Wiedergutmachung des Umweltschadens einforderte, den Chevron/Texaco in ihrer Heimat verursacht hatte. Bald wurde die Vereinigung der Opfer von Chevron/Texaco (UDAPT)³ gegründet, die schnell 30.000 Mitglieder aus der Provinz Sucumbios umfasste. Unterstützt wurde sie von nationalen und internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs). Die Anklage fordert, »dass Texaco die verbliebenen 323 Auffangbecken säubern, die giftigen Inhalte mit Hilfe von umfunktionierten Bohrtürmen in den Untergrund pumpen, der Bevölkerung Schadensersatz zahlen und nachhaltige Sozialprojekte in der Region finanzieren soll.« Das US-Unternehmen Chevron/Texaco bestreitet die Umweltverschmutzung durch das Ableiten der giftigen Stoffe nicht, beruft sich aber auf die damaligen ecuadorianischen Gesetze, nach denen die industriellen Standards eingehalten worden seien. Um ein Gerichtsurteil zu umgehen, vereinbarte

Chevron/Texaco mit der damaligen ecuadorianischen Regierung einen Aktions- und Sanierungsplan, laut dem das Unternehmen versprach, die ölkontaminierten Auffangbecken zu reinigen. 1998 regierte in Ecuador mit Jamil Mahuad ein Präsident, dessen Partei ein gutes Verhältnis mit Chevron/Texaco hatte: Sie schlossen einen sogenannten Ausgleichsvertrag, in dem die Regierung anerkannte, dass die US-Firma alles sauber zurückgelassen habe und sie von jeder Verantwortung im Hinblick auf Folgeschäden der Ölverschmutzung freisprach. Die 30.000 Opfer, die keine Entschädigung erhalten hatten, kamen in dieser Einigung nicht vor. 2001 wies das New Yorker Gericht die Klage mit der Begründung ab, sie habe »sehr viel mit Ecuador und sehr wenig mit den Vereinigten Staaten zu tun.« Um dieses Urteil zu erreichen, hatte Chevron/Texaco erklärt, dass die ecuadorianischen Gerichte für den Fall zuständig seien und dass Chevron/Texaco im Voraus die Entscheidung des Gerichts in Ecuador respektieren würde. Zehn Jahre nach Ende der Texaco-Ära existierten nach wie vor Auffangbecken, in denen die Ölreste inklusive krebserregender Stoffe wie Benzole und Tylene lagerten. Immer noch sind mehr als 30.000 Menschen sowohl gesundheitlich als auch wirtschaftlich betroffen, Flüsse und Sumpfgebiete, die häufig eine wichtige Trinkwasserquelle der Menschen darstellen, sind weiterhin verseucht. Nachgewiesen sind dramatisch gestiegene Krebsraten, ein beeinträchtigtes Pflanzenwachstum, schwindende Fischpopulationen, zugrunde gehende Zuchttiere und verseuchtes Trinkwasser. All diese Faktoren machen den Menschen das Überleben schwer. So erhoben die Betroffenen 2002 nun vor dem Gericht in Lago Agrio erneut Klage gegen Chevron/Texaco.

Bis heute (2016) ist der Fall nach wie vor nicht abgeschlossen und sorgt für internationale Aufmerksamkeit. Im Jahr 2013 wurde Chevron/Texaco vom Obersten Ecuadorianischen Gerichtshof zu einer Entschädigungszahlung für die verursachten Umweltschäden von insgesamt 9,5 Milliarden Dollar verurteilt. Damit hatte der Fall die ecuadorianische Gerichtsbarkeit ausgeschöpft. Chevron erkannte die Entscheidung jedoch nicht an und verklagte jetzt seinerseits den ecuadorianischen Staat. Der Konzern beschuldigt Ecuador vor einem Internationalen Schiedsgericht des Verstoßes gegen ein in den 90ern geschlossenes »Investitionsschutzabkommen« zwischen dem Staat und den USA. Er bekam Recht. Der Direktor der kanadischen Anti-Chevron-Kampagne meint dazu, »Dieser Schiedsspruch ist illegitim und ille-

gal, weil Chevron ein Freihandelsabkommen nutzt, das 1995 zwischen den USA und Ecuador unterzeichnet wurde, drei Jahre nachdem Chevron das Land verlassen hat. Sie wollen das Abkommen rückwirkend anwenden, was gegen alle juristischen Prinzipien verstößt.« (Interview mit Telesur, zitiert nach Buttkeireit 2016). Ecuador forderte, diese Entscheidung zu annullieren, dies wurde jedoch in erster Instanz abgelehnt. Der ecuadorianische Generalstaatsanwalt will dagegen erneut in Berufung gehen.

Der Prozessverlauf zeigt, dass die lokalen Konflikte global eingebettet sind. Während der eigentliche Kern des Rechtsstreits in lokalen Auswirkungen liegt, wird die Diskussion um Verantwortlichkeiten teils in Gerichten weit weg vom eigentlichen Ort ausgetragen. Firmen versuchen lokale Forderungen nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu delegitimieren und die Verantwortung dem Staat zuzuschieben bzw. Regierungen durch finanzielle Forderungen unter Druck zu setzen. Der Staat hat oft eine widersprüchliche Rolle. Einerseits ist er Adressat, andererseits aber auch Unterstützer der Klagen lokaler Bevölkerungen gegen ausländische Firmen. Diese Firmen sind schwer greifbar, da sie in anderen Ländern registriert sind und über ein hohes Maß an Ressourcen verfügen, um Rechtsstreitigkeiten auszutragen. Als Folge werden Gerechtigkeitsfragen in Diskussionen über die Zuständigkeiten verschiedener Gerichte erstickt und den Vereinbarungen aus wirtschaftlichen Abkommen untergeordnet.

2.4. DER FALL KOLUMBIEN: SCHNELLE AUSWEITUNG VON KOHLEABBAU UND BERGBAU⁴

Auch im Bergbaubereich ergeben sich negative Auswirkungen für Menschen und Natur. In Kolumbien kommt zudem hinzu, dass der bewaffnete Konflikt im Land die Proteste gegen Ressourcenabbau oder kritische Stimmen insgesamt erschwert.

Kolumbien hat sich in den letzten Jahren zum viertgrößten Exporteur von Kraftwerkskohle weltweit entwickelt. Deutschland hat an dieser Entwicklung maßgeblichen Anteil. Lagen die Kohleeinfuhren aus Kolumbien 2005 noch bei 3 Millionen Tonnen, er-

4 Dieses Unterkapitel basiert auf dem Text »Kohlebergbau in Kolumbien: Struktur und Charakteristika« von Kristina Dietz und Sebastian Rötters in der Mappe »MENSCHEN.NUTZEN.NATUR. Zum Umgang mit Rohstoffreichtum in Lateinamerika. Unterrichtsmaterialienreihe Wissen um globale Verflechtungen. Band 1« des Center for InterAmerican Studies (CIAS) an der Universität Bielefeld, Februar 2016, S. 53–54.

reichten sie 2011 mit über 10 Millionen Tonnen Rekordwerte. Kolumbien ist dabei in mehrfacher Hinsicht ein besonderer Fall. Kein anderer Kohlelieferant weist eine derart hohe Exportabhängigkeit auf wie das südamerikanische Land. 95 % der geförderten Kohle wird exportiert, wobei 2011 und 2012 jeweils zwischen 60 und 75 % der Kohle in Europa landete.

Die kolumbianische Regierung hat den Bergbau zur »Entwicklungslokomotive« des Landes erklärt.

Die Produktion von Kohle hat sich innerhalb kürzester Zeit verdoppelt. Im Jahr 2000 wurden knapp 40 Mio. Tonnen Kohle gefördert, 2012 waren es bereits 89 Mio. Tonnen. Doch die unkontrollierte Konzessionsvergabe und die halbherzige Aufsicht durch staatliche Institutionen haben die Kohleabbaugebiete an den Rand des Kollapses gebracht. Die Regierung sah sich deshalb genötigt, die Notbremse zu ziehen. Sie vergibt derzeit keine neuen Konzessionen, weil schon die bestehenden Verträge zu chaotischen Zuständen geführt haben. Gleichzeitig ist von der erhofften Entwicklung nichts zu sehen. Die Gebiete, in denen zum Teil seit 30 Jahren Kohle gefördert und exportiert wird, gehören unverändert zu den Armenhäusern des Landes. Während die Milliarden Gewinne ins Ausland fließen, bleiben für die Menschen vor Ort Mondlandschaften, ausgetrocknete Flüsse und zerstörte Lebensgrundlagen zurück.

Kolumbiens wichtigster Kohleproduzent ist das Unternehmen Cerrejón, das u.a. die gleichnamige Kohlemine betreibt (Abb. 8). Die Anteilseigner von Cerrejón sind zu gleichen Teilen Anglo American, BHP Billiton und Glencore/Xstrata. Insgesamt wird der kolumbianische Kohlesektor von wenigen internationalen Konzernen kontrolliert. In dem nach eigenen Angaben größten Kohletagebau der Welt baut Cerrejón aktuell über 30 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr ab. Deutsche Stromkonzerne wie RWE, E.ON, EnBW und STEAG zählen zu den Kunden des Unternehmens. Auch Vattenfall verwendet große Mengen kolumbianischer Kohle in den Kohlekraftwerken in Deutschland, den Niederlanden und Dänemark. Vor Ort liegen die gigantischen Tagebaue von Cerrejón wie klaffende Wunden in einer Landschaft,



Sebastian Rötters

Abb. 8: Die Kohlemine Cerrejón.

die ursprünglich von afrokolumbianischen und indigenen Gemeinschaften bewohnt wurde. Im Verlauf der letzten 30 Jahre mussten zahlreiche Gemeinden der Mine weichen, ohne angemessen umgesiedelt und entschädigt zu werden. Am schlimmsten traf es die Bewohner_innen der Gemeinde Tabaco. Sie wurden im Jahr 2001 gewaltsam vertrieben. Heute liegt der alte Ortskern unter einer Abraumhalde begraben, während die ehemaligen Bewohner_innen noch immer darauf warten, dass die Gemeinde an einem anderen Ort ein neues Zuhause erhält.

Doch nicht nur in Kolumbien, sondern auch ganz in unserer Nähe verlieren Menschen wegen der Kohleförderung ihr Zuhause: Westlich von Köln im Rheinischen Braunkohlerevier sind in den letzten Jahren über 25 Ortschaften verschwunden – weil dort, wo sie einst waren, jetzt im Tagebau Kohle gefördert wird. Über Für und Wider der Braunkohleförderung wird kontrovers diskutiert: Denn Kohleförderung ruft hohe Emissionen hervor und mittelfristig ist im Rahmen der Energiewende ein Ausstieg aus der Verstromung von Kohle nahezu unumgänglich, wenn die globalen Klimaziele zur Reduzierung der Erderwärmung umgesetzt werden sollen. Arbeiter_innen, Gewerkschaften und teilweise auch Anwohner_innen, die im Kohlebergbau direkt oder indirekt beschäftigt sind, sorgen sich um ihre Arbeitsplätze. Zugleich wehren sich die Anwohner_innen gegen die Zerstörung ihrer Dörfer und Umweltschützer_innen gegen einen Ausbau der Kohleförderung: auf dem juristischen Weg über Klagen, durch Aktionen zivilen Ungehorsams wie etwa die Waldschützer_innen, die im Hambacher Forst Bäume besetzen oder beispielsweise im Rahmen der Kampagne »Ende Gelände« die Förderanlagen besetzten.

2.5. KOMPLEXE KONFLIKT-KONSTELLATIONEN RUND UM DEN NEO-EXTRAKTIVISMUS

Die hier vorgestellten Fälle sollen nicht nur die Auswirkungen von Erdölförderung und Bergbau auf lokale Bevölkerung und Umwelt illustrieren, sondern zeigen auch auf wie komplex Konfliktkonstellationen sein können. Die Ressource an sich und deren Verteilung ist darin nur einer von vielen Faktoren.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Verbindung von Wirtschaftswachstum und Rohstoffausbeutung widersprüchliche Effekte und Konflikte erzeugt. Doch: Geopolitisch verfestigen die Länder Lateinamerikas ihre bereits in der Kolonialzeit zugewiesene Stellung als Rohstofflieferanten. Ökologisch wertvolle Naturräume werden irreversibel zerstört – Trinkwasservorkommen verschmutzt und die biologische Vielfalt reduziert. Versuche alternative und nachhaltige Strategien zu entwickeln, die gesellschaftlichen Wohlstand von Rohstoffausbeutung trennt, müssen das aktuelle Modell als Ganzes in Frage stellen, was mit Blick auf die breitenwirksamen Erfolge des (Neo-) Extraktivismus eine schwierige Aufgabe ist. Denn vor allem sozialpolitisch ermöglichen die rohstoffbasierten Mehreinnahmen Handlungsspielräume. So sanken die Armutszahlen in Lateinamerika bis 2010 auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Gleichzeitig ist die soziale Ungleichheit gemessen an der Einkommensverteilung leicht gesunken. Jedoch ist es schwierig eine Balance zu finden zwischen den Ansprüchen verschiedener Bevölkerungsgruppen und der Verteilung von Schäden und Gewinnen. Die Orte der Naturausbeutung, die Arbeiter_innen in den Bergwerken, auf den Plantagen und den Ölfeldern, geraten dabei mehr und mehr in die Abhängigkeit vom Weltmarkt. Und seit die Rohstoffpreise, insbesondere der Ölpreis, im Jahr 2015 wieder fallen, kommt es in Ländern, die sich besonders abhängig vom Weltmarkt gemacht haben, zu tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krisen. Diese globalen Zusammenhänge machen die Suche nach Alternativen zu einer wichtigen und drängenden politischen Frage.

3. ENERGIEVERSORGUNG WELTWEIT: ZUSAMMENHÄNGE UND ALTERNATIVEN

Die globalen Verflechtungen um Energieversorgung, Ressourcenabbau und deren Auswirkungen treten in Diskussionen um Klimawandel und Erderwärmung besonders deutlich zum Vorschein. Die Bedeutung der Auswirkungen spüren auch hier lokale Bevölkerungsgruppen und indigene Völker. Dies bringen sie in internationalen Foren zum Ausdruck, wie beispielsweise im Zuge des Klimagipfels der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, kurz COP 21) im Dezember 2015 in Paris. Neben Protestmärschen sorgten spektakuläre Aktionen von Umweltaktivist_innen und indigenen Vertreter_innen für Aufmerksamkeit. Diese Proteste sollen nicht nur der Schaffung eines öffentlichen Problembewusstseins dienen, sondern vor allem Regierungen zum Handeln bringen. International wird die Suche nach Lösungen im Rahmen der Vereinten Nationen bereits seit über zwei Jahrzehnten betrieben. Globale Klimaschutzinitiativen müssen dabei mit nationalen Verpflichtungen und lokalen Umweltschutz-Projekten Hand in Hand gehen.

3.1. EMISSIONSHANDEL UND ECUADORS INITIATIVEN SOCIO BOSQUE UND YASUNÍ⁵

Gerade angesichts der steigenden Abholzung von Regenwäldern, der Vertreibung indigener und kleinbäuerlicher Gruppen aus ihren bisherigen Lebensräumen und der Klimaerwärmung, ist ein politisches Umsteuern nötig. Versuche dazu gibt es einige, die meisten jedoch mit kontrovers diskutierten Folgen.

Ein einflussreiches Projekt der Vereinten Nationen im Rahmen der Klimaschutzbemühungen ist auf internationaler Ebene der Emissionshandel, d.h. der Handel mit Treibhausgasen. Im Jahr 1997 wurde hierfür auf der Klimakonferenz in Kyoto der Startschuss gegeben. Die Europäische Union hat den Emissionshandel 2005 eingeführt. Er dient als marktwirtschaftliches Instrument und Mechanismus gegen die Erderwärmung,

5 Dieses Unterkapitel basiert auf den Texten ›Das Prinzip des Emissionshandels‹, ›Klimawandel und Entwaldung‹ und ›Ziele des Programms Socio Bosque‹ von Yvonne Rössler in der Mappe ›MENSCHEN.NUTZEN.NATUR. Zum Umgang mit Rohstoffreichtum in Lateinamerika. Unterrichtsmaterialienreihe Wissen um globale Verflechtungen. Band 1‹ des Center for InterAmerican Studies (CIAS) an der Universität Bielefeld, Februar 2016, S. 37, 40.

mit dem das Klima geschützt werden soll. Das Prinzip ist denkbar einfach: Treibhausgas-Emissionen von Unternehmen werden auf eine bestimmte Höhe begrenzt und in Form von Berechtigungen ausgegeben. Alle Betriebe, die die Luft also mit Treibhausgasen belasten, benötigen hierzu Rechte. Je weniger Emissionen, desto wirtschaftlicher. Wer seine Treibhausgas-Emissionen reduziert, kann die überschüssigen Rechte verkaufen. Emissionshandel ist also der Handel mit Rechten zum Ausstoß von Treibhausgasen.

Dieser EU-Emissionshandel wird kontrovers diskutiert: Die Befürworter_innen verweisen darauf, dass in Summe durch den Handel die Gesamtmenge der Emissionen spürbar sinkt und Unternehmen einen finanziellen Anreiz zur Einsparung von Emissionen haben. Kritiker_innen betonen demgegenüber, dass die Bemühungen zur Senkung von Emissionen oftmals ausbleiben, weil günstig Emissionsrechte auf dem Weltmarkt eingekauft werden können. Sobald die Unternehmen in sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern in Erneuerbare Energien und Klimaprojekte investieren, erhalten sie das Recht anderswo Emissionen zu verursachen. Diese Förderstrategie nennt sich Clean Development Mechanism (CDM). Viele der CDM-Projekte sind in den jeweiligen Ländern umstritten und mit hohen sozialen Kosten verbunden; manche sogar aus Umweltsicht kontraproduktiv. Hinzu kommt, dass nicht zuletzt die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 gezeigt hat, wie intransparent, volatil und krisenanfällig Finanzmärkte sein können. Die Hauptakteure im Handel mit Emissionsrechten sind nicht Unternehmen, sondern Hedge Funds und Großanleger. Und der Preis für die Emissionen an den Finanzmärkten ist so sehr gefallen, dass dadurch kaum Anreize für Investitionen in klimaschonende Technologien entstehen. Viele ehemalige Befürworter_innen des Emissionsrechtehandels sind vor diesem Hintergrund mittlerweile skeptisch. Die meisten Kritiker_innen setzen sich für eine Reform der Vorgaben zum Handel mit ›heißer Luft‹ und/oder für strengere gesetzliche Vorgaben für Emissionswerte anstelle des Emissionshandels ein.

Ein weiterer Schwerpunkt internationaler Politik ist das Aufhalten der Entwaldung. Hier sollen Programme Anreize bieten, insbesondere für sogenannte Entwicklungsländer, den CO₂ Ausstoß nicht weiter zu erhöhen. Einen wichtigen Beitrag dazu könnte ein Entwaldungsstopp bieten. Die Abholzung von Wäldern ist Teil der menschlichen Aktivitä-

ten, die laut der Mehrheit der Wissenschaftler_innen für den Prozess der Klimaveränderungen verantwortlich sind. Laut der NGO Conservation International sind Entwaldung und Abholzung für mindestens 16 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Landfläche der Erde wird zwar nur zu 12 % von tropischen Wäldern bedeckt, dort lagern aber 40 % des CO₂ der Welt. Die Abholzungsraten variieren stark, jedoch wächst der Druck auf die Wälder, und in den nächsten 20 Jahren könnte der Großteil dem Ausbau von Viehzucht, Soja- und Palmöl-anbau sowie der Erdöl- und Erdgasförderung zum Opfer fallen und verschwinden. IPCC-Studien (IPCC = *International Panel on Climate Change*) belegen, dass 21 % der weltweiten Waldflächen in Südamerika zu finden sind. Der größte Kohlendioxidspeicher ist hier der Amazonasregenwald. Südamerika hat jedoch die höchste Abholzungsrate im Vergleich zu anderen Kontinenten. Zwischen 2000 und 2005 änderte sich die jährliche Abholzung auf dem Subkontinent von 3,8 auf 4,3 Millionen Hektar pro Jahr.

Es gibt regelmäßig neue Meldungen über die Zu- und Abnahme von Abholzungsraten, vermehrt auch solche, die auf Grundlage von Satellitenbildern erhoben werden: das traurige Resultat: In den Tropen weltweit hat die Abholzung des Regenwalds zwischen 2000 und 2010 deutlich zugenommen: Alle fünf Jahre verschwindet ein Areal, das beinahe so groß ist wie Deutschland⁶. Spitzenreiter ist dabei Brasilien, in keinem anderen Land der Welt wird so viel Regenwald gerodet. In den Jahren 2013 und 2014 wurde mehrfach ein Rückgang der Rodungen gemeldet⁷, seit 2015 ist die Abholzungsrate aber erneut angestiegen⁸.

Neben internationalen Programmen, die im Rahmen von globalem Emissionshandel ökonomische Anreize zur Erhaltung von Wäldern als Kohlendioxidspeicher liefern, wie z.B. von den Vereinten Nationen REDD (*Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation*, etwa: Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung), gibt es auch einige ähnlich funktionierende nationale Initiativen um Wälder zu erhalten. Ein gutes Beispiel ist hier Ecuador. Dort hat die Regierung 2008 das Programm

6 Untersuchung eines Forscherteams rund um Do-Hyung Kim von der University of Maryland www.spiegel.de/wissenschaft/natur/satellitenfotos-zeigen-immer-schnellere-regenwald-abholzung-a-1020637.html; letzter Zugriff: 11.10.2016

7 www.faszination-regenwald.de/info-center/zerstoerung/flaechenverluste.html; letzter Zugriff: 11.10.16

8 So die Meldung bei NTV vom 22.11.2015; www.n-tv.de/wissen/Regenwald-am-Amazonas-schrumpft-article16444771.html; letzter Zugriff: 11.10.2016

Socio Bosque (im Deutschen etwa ›Waldteilhaber‹ oder ›Partner Wald‹) gestartet. Damit soll den Bewohner_innen der jeweiligen Gebiete ein finanzieller Anreiz gegeben werden, den Wald nicht weiter zu roden. Damit die Waldbesitzer_innen die Ausgleichszahlungen erhalten, müssen bestimmte Voraussetzungen für den Waldschutz erfüllt werden. Die Zahlungen sollen damit eine wirtschaftliche Alternative zur illegalen Holznutzung darstellen. Obwohl die Zahlungen relativ gering sind (0,5 bis 50 US-Dollar je Hektar und Jahr), sind sie gerade für indigene und afroecuadorianische Gemeinden von erheblicher Bedeutung (Seiwald/Zeller 2011). Dementsprechend groß ist die Nachfrage. Das Programm schließt Verträge über 20 Jahre mit den Partnern – Gemeinden oder Privatpersonen – und kontrolliert deren Einhaltung jährlich. Derzeit werden auf diese Weise schon über 800.000 Hektar Wald geschützt – der tatsächliche Bedarf wird jedoch auf das Fünffache geschätzt. Das Besondere: Während meistens Programme dieser Art v.a. individuellen Waldbesitzer_innen zu Gute kommen, werden bei dem Programm Socio Bosque Gelder aus dem Emissionshandel und der Entwicklungszusammenarbeit indigenen und afroecuadorianischen Gemeinden, die über gemeinsamen Grundbesitz verfügen, kollektiv übertragen. Diese entscheiden dann als Gemeinde, welche Art von Entwicklung sie wollen und ob sie z.B. eher eine Schule, eine Straße oder ein Gemeindehaus errichten wollen. Während oftmals Umweltschutz und Entwicklung als Gegensatz verstanden werden, versucht das Programm, beides zu vereinen und darüber hinaus zugleich die Situation indigener Bevölkerungsgruppen zu verbessern und Partizipation innerhalb der Gemeinden zu erhöhen.

Dennoch zeigt sich auch hier, dass die bestehenden Ungleichheiten nicht immer aufgebrochen werden, denn private Waldbesitzer_innen erhalten deutlich mehr Geld pro Hektar als kollektive Eigentümer_innen.

Viele Vertragsdetails sind den Beteiligten unklar, etliche Gemeinden wollen bereits aus dem Vertrag wieder aussteigen und zwischen verschiedenen Gemeinden sind bereits Konflikte entstanden (Henneberger 2014).

Während Socio Bosque gegenwärtig weiterläuft, ist die international beachtete Yasuní-ITT Initiative Ecuadors (Abb. 9) im Jahr 2013 gescheitert. Yasuní ist ein Nationalpark im ecuadorianischen Amazonaswald und einer der artenreichsten Orte der Welt. ITT steht hier für die Initialen der drei Orte Ishpingo, Tambococha und Tiputini, an denen bei Probebohrungen große Ölvorkommen entdeckt wurden. Der ecuadorianische Präsident Rafael Correa schlug 2007 der internationalen Gemeinschaft vor, dass die Regierung die Vorkommen nicht antasten werde, um die Biodiversität des Gebietes und die dort lebenden unkontaktierten indigenen Völker zu schützen. Als Gegenzug sollten 50 % des entgangenen Umsatzes an Ecuador gezahlt werden. Dazu wurde 2010 ein Abkommen mit den Vereinten Nationen abgeschlossen und formal ein Fond eingerichtet, in den die Industrieländer einzahlen sollten. Umweltschutzinitiativen auf der ganzen Welt begrüßten und unterstützten das Vorhaben.

Viele Staaten reagierten jedoch skeptisch. Zweifel bestanden vor allem, ob die ecuadorianische Regierung ihre Zusage tatsächlich einhalten würde. In Deutschland äußerten Politiker_innen daher wiederholt ihre Ablehnung gegenüber der Initiative. Im Sommer 2013 erklärte der ecuadorianische Präsident Rafael Correa die Yasuní-Initiative schließlich für gescheitert und verkündete die Freigabe der ITT-Blöcke zur Förderung. Die Begründung sei, dass die internationale Gemeinschaft – Länder und Naturschutzorganisationen, u.a. auch Deutschland – nicht ausreichend Mittel bereitgestellt habe und lediglich 13,3 Millionen der zugesagten 336 Millionen Dollar gezahlt worden seien. Das Parlament stimmte dieser Entscheidung zu, während ein Bürgerentscheid gegen die Fördererlaubnis 2014 scheiterte. Zwar hat das Parlament Beschränkungen der Förderung durchgesetzt und den Ölfirmen auferlegt, gewisse Schutzbereiche nicht anzutasten, jedoch sind Umweltschützer_innen und Menschenrechtsaktivist_innen besorgt. Besonders geht es hier nicht nur um die Zerstörung der Tier- und Pflanzenwelt, sondern das Überleben einiger der letzten nicht kontaktierten indigenen Stämme, die nomadisch an der Grenze zwischen Ecuador und Peru leben.

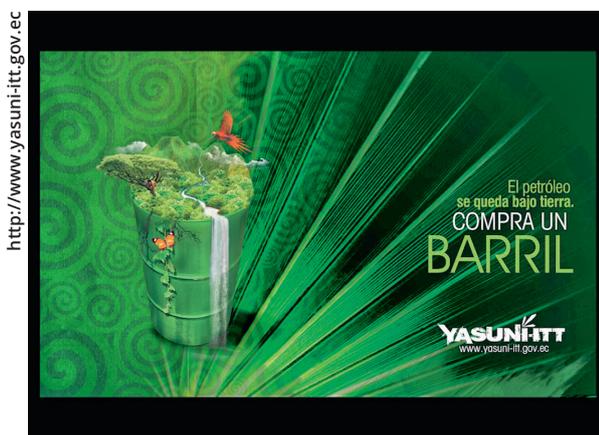


Abb. 9: Kampagnenplakat der Yasuní-ITT Initiative

3.2. DAS GLOBALE DILEMMA BLEIBT: ROHSTOFFNACHFRAGE ERZEUGT RESSOURCENKONFLIKTE

Die hier exemplarisch vorgestellten Fälle der drastischen Auswirkungen von Ölförderung (Chevron/Texaco) und Silber- bzw. Zinnabbau in Potosí (Bolivien) zeigen deutlich: Die jeweiligen Orte haben sich durch die Rohstoffförderung nicht ›entwickelt‹, Infrastruktur für die Bevölkerung wurde kaum gebaut und Armut nicht überwunden. Der aus dem Ressourcenabbau entstandene Gewinn konzentriert sich in den Händen weniger oder wurde ins Ausland transferiert.

Leider sind diese negativen Beispiele keine Einzelfälle. Dennoch ist die Hoffnung auf Wachstum und Entwicklung durch Rohstoffabbau weiterhin sehr verbreitet. Schließlich ist es etlichen Regierungen in Lateinamerika im 21. Jahrhundert im Gegensatz zu vorherigen Zeiten gelungen, durch eine neue Intensivierung des Rohstoffabbaus Armut zu lindern. Der Preis dafür ist aber hoch: In den Abbauregionen sind starke Umweltschäden verursacht worden und zahlreiche sozial-ökologische Konflikte sind neu entstanden oder haben sich weiter verschärft.

Zugleich haben sich die Länder durch die Vertiefung der extraktivistischen Strategie oftmals noch abhängiger vom Weltmarkt und dessen Rohstoffpreisen gemacht; dies bemerken sie bereits schmerzlich mit dem Rohstoffpreisverfall seit Mitte des Jahres 2015.

Abgebaut werden die Rohstoffe weiterhin, denn die Preise sind gefallen, nicht aber die Nachfrage. Trotz der Bemühungen einer globalen Umweltpolitik steigt der globale Ressourcenverbrauch weiter und weiter – insbesondere im globalen Norden ist die Lebens- und Produktionsweise sehr energie- und ressourcenintensiv. Die große Beschleunigung ist noch lange nicht an ihr Ende gekommen. Die Abholzung der Regenwälder schreitet voran und große Energieunternehmen blockieren sowohl hierzulande als auch in Lateinamerika den Umstieg auf erneuerbare Energien; für sie ist der Kohleabbau auch weiterhin ein gutes Geschäft – jedoch

mit massiven CO₂-Ausstoß, der den Klimawandel weiter befördert.

Auch deshalb sind Bemühungen wie Socio Bosque oder Yasuní ITT bemerkenswert, die versuchen die Regenwälder zu schützen und dabei gleichzeitig für die dort lebenden Menschen Perspektiven zu eröffnen. Doch beide Beispiele zeigen, wie schwierig es ist, Alternativen aufzubauen: Yasuní ITT scheiterte am Willen der internationalen Gemeinschaft – darunter auch der Bundesregierung, die sich sonst gerne als ökologische Vorreiterin präsentiert – die nötigen Gelder bereitzustellen. Das Programm Socio Bosque zeigt, dass auch in Waldschutzprogrammen mit sozialem Anspruch, Ungleichheiten verfestigt oder sogar verschärft werden und ungewollte Nebeneffekte entstehen können. Zudem stehen kurzfristige wirtschaftliche Interessen häufig langfristigen Zielen der Nachhaltigkeit entgegen.

Die Ressourcenkonflikte auf globaler Ebene und insbesondere in Lateinamerika haben sich im letzten Jahrzehnt noch einmal zugespitzt, wie der Global Witness Report aus dem Monat Juni 2016 belegt. Das Jahr 2015 bildet dabei einen traurigen Höhepunkt: Noch nie zuvor wurden so viele Umweltaktivist_innen ermordet, die ihr Land, ihre Wälder oder Flüsse gegen die Zerstörung verteidigten. 185 Menschen ließen 2015 in solchen Konflikten ihr Leben, wobei Brasilien mit 50 Fällen trauriger Spitzenreiter ist. Auf Platz 3 landet Kolumbien, Platz 4 teilen sich Nicaragua und Peru, auf Platz 6 befindet sich Guatemala, auf Platz 7 Honduras und auf Platz 9 Mexiko. Insgesamt haben von den 185 dokumentierten Morden an Umweltschützer_innen weltweit, 122, also fast zwei Drittel, in Lateinamerika stattgefunden.

Ressourcenkonflikte sind aus diesen Gründen ein hochaktuelles und wichtiges Thema. Solange es eine hohe Nachfrage nach Ressourcen gibt, werden diese abgebaut: trotz der teils tödlichen Folgen, trotz Umweltzerstörung vor Ort, trotz globalem Klimawandel. Die Suche nach Alternativen muss deshalb eine globale sein, denn obwohl diese Konflikte sich viele tausend Kilometer entfernt abspielen, haben sie ganz wesentliche Ursachen in unserer Gesellschaft, unserer Produktions- und Lebensweise.

LITERATUR

- Bildungslabor Lateinamerika – Klimawandel und Umweltkonflikt (2015): Was sind schon zwei Grad mehr?!. Online unter: www.informationsbuero-nicaragua.org/neu/index.php/themen/globales-lernen-bildungsarbeit/bildungslabor-klimawandel. [Zugriff: 10.10.2016]
- Brand, Ulrich / Dietz, Kristina (2013): Lateinamerika: Dialektik der Ausbeutung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 58(11): 75–84.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2010): Entwicklungsfaktor extraktive Rohstoffe. Ein Positionspapier des BMZ. Bonn: BMZ. Online unter: www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier299_04_2010.pdf. [Zugriff: 10.10.2016]
- Burchardt, Hans-Jürgen / Dietz, Kristina / Öhlschläger, Rainer (Hrsg.) (2013): Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika. Baden Baden: Nomos.
- Buttkereit, Helge (2016): Ecuadors Streit mit Chevron geht in nächste Runde. www.amerika21.de/2016/01/142058/chevron-ecuador-schiedsgericht. [Zugriff: 10.10.2016]
- Creischer, Alice / Hinderer, Max-Jorge / Siekmann, Andreas (Hrsg.) (2010): The Potosí Principle. Colonial Image Production in the Global Economy, Berlin/Köln/Madrid.
- Dietz, Kristina (2013): (Neo-) Extraktivismus. Peripherie-Stichwort. In: Peripherie, 33 (132): 511–513.
- FDCL / RLS (Hrsg.) (2012): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL, Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Galeano, Eduardo (2007): Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart. 19. Aufl. Wuppertal: Peter Hammer Verlag.
- Global Witness (2016): On Dangerous Grounds. www.globalwitness.org/en/reports/on-dangerous-ground/. [Zugriff: 10.10.2016]
- Goede, Peggy (o.J.): Silberminen in Potosí, in: Caminos – Eine Reise durch die Geschichte Lateinamerikas. Vom Kulturkontakt bis zum Ende der Kolonialzeit, www.lai.fu-berlin.de/e-learning/projekte/caminos/kulturkontakt_kolonialzeit/kolonialzeit/silberminen_in_potosi/index.html [Zugriff: 10.10.2016]
- Heinrich-Böll-Stiftung (2014): Zahlen und Fakten. Rohstoffausbeutung in Lateinamerika; Mai 2014; Zusammenstellung: Ines Thomssen und Marie Sauß; Gestaltung: Ellen Stockmar; www.boell.de/de/2014/05/14/rohstoffausbeutung-lateinamerika. [Zugriff: 10.10.2016]
- Henneberger, Barbara (2014): Herausforderungen in der Umsetzung des Socio Bosque Programms in Ecuador, www.infoe.de/web/images/stories/pdf/fallstudieecuador_final.pdf. [Zugriff: 10.10.2016]
- Incomindios (04.01.2016): COP21: Indigene Stimmen – mögliche Schlüsselrolle bei Klima-Zielen, www.incomindios.ch/allgemein/cop21-indigene-stimmen-kaum-gehoerte-schluesselrolle-bei-klima-zielen/. [Zugriff: 10.10.2016]
- Jäger, Johannes / Leubolt, Bernhard / Schmidt, Lukas (2014). Alles Extraktivismus in Südamerika?: Rohstoffrenten und Politik in Brasilien, Chile und Venezuela. Journal für Entwicklungspolitik, Vol. 30 (2014), No. 3, 9–26.
- Krausmann, Fridolin / Gingrich, Simone / Eisenmenger, Nina / Erb, Karl-Heinz / Haberl, Helmut / Fischer-Kowalski, Marina (2009): Growth in global materials use, GDP and population during the 20th century, in: Ecological Economics 68, 2696–2705.
- Lang, Miriam / Mokrani, Dunia (Hrsg.) (2011): Más Allá del Desarrollo. Quito: Fundación Rosa Luxemburg, Abya Yala.
- Mahnkopf, Birgit (2015): >Peak Everything<, das gefährliche Maximum. Knappe Ressourcen, überlastete Ökosysteme und kein Ende in Sicht, in: Le Monde Diplomatique/ Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr. Der Postwachstumsatlas, Berlin, S. 62–63.
- Matthes, Sebastian (2012): Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika. OneWorld Perspectives, Working Paper 02/2012. Kassel: Universität Kassel.
- Matthes, Sebastian / Crncic, Zeljko (2012): >Extractivism.< Online Dictionary Social and Political Key Terms of the Americas: Politics, Inequalities, and North-South Relations, Version 1.0 (2012). www.elearning.uni-bielefeld.de/wikifarm/fields/ges_cias/field.php/Main/Unterkapitel53. [Zugriff: 10.10.2016]
- Martínez Alier, Joan (2003): The Environmentalism of the Poor: A Study of Ecological Conflicts and Valuation. Edward Elgar Publishing.

- Mildner, Annika (Hrsg.) (2011): Konfliktisiko Rohstoffe? Herausforderungen und Chancen im Umgang mit knappen Ressourcen. SWP-Studie. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Online unter: www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S05_mdn_ks.pdf#page=9. [Zugriff: 10.10.2016]
- Schmalz, Stefan (2013): Neo-Extraktivismus in Lateinamerika? In: Burchardt / Dietz / Öhlschlager (Hrsg.): Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Baden-Baden: Nomos. 47–60.
- Schilling-Vacaflor, Almut / Flemmer, Riccarda (2015): Rohstoffabbau in Lateinamerika: Fehlende Bürgerbeteiligung schürt Konflikte, GIGA Focus Lateinamerika, 05/2015, Hamburg: GIGA.
- Seiwald, Markus / Zeller, Christian (2011): Die finanzielle Inwertsetzung des Waldes als CO₂-Senke: Nutzungsrechte und Nutzungskonflikte im Rahmen der nationalen Entwicklungsstrategie in Ecuador. Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt (124): S. 418–44.
- Survival International (23.11.2015): COP 21: Indigene kämpfen allen voran gegen den Klimawandel www.survivalinternational.de/nachrichten/11018ber%202015. [Zugriff: 10.10.2016]
- Thumiger, Reto (2015): Indigene Völker kämpfen gegen transnationalen Goliath, www.moveglobal.de/de/?p=33273. [Zugriff: 10.10.2016]
- United Nations-FCCC (2015): Adoption of the Paris Agreement. Conference of the Parties. Twenty-first session. Paris, 30 November to 11 December 2015. United Nations-FCCC (FCCC/CP/2015/L.9).
- Vogt, Jürgen (07.05.2014): Yasuní-Referendum gescheitert, www.taz.de/!5042781. [Zugriff: 10.10.2016].
- Wunderer, Hartmann (2014): Das Silber von Potosí. Globale Vernetzung im Zeichen des beginnenden Kapitalismus, in: Geschichte Lernen. Erste Kontakte 1492–1800. 40–45.

THEMENRELEVANTE INTERNETSEITEN UND WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- Environmental Justice Atlas: www.ejatlas.org
- Centro Latino Americano de Ecología Social: www.extractivismo.com
- Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.: www.fdcl-berlin.de
- Rosa-Luxemburg-Stiftung: Permanente Arbeitsgruppe Alternativen zur Entwicklung: www.rosalux.org.ec/de/
- Deutschsprachige Webseite von Umweltschutzorganisationen zu Yasuní und dem Amazonas: www.saveyasuni.eu/themen/der-yasuni-nationalpark.html
- Themenheft ›Was sind schon zwei Grad mehr? Werkheft Klimawandel und Umweltkonflikte‹ des Informationsbüros Nicaragua. Bildungslabor Lateinamerika. www.informationsbuero-nicaragua.org/neu/index.php/themen/globales-lernen-bildungsarbeit/bildungslabor-klimawandel
- Themenheft ›Kohle‹ der ila, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Ila 389, Oktober 2015.